

Pressemitteilung des GEW-KV-Augsburg:

Augsburger Schulsanierungsdesaster

Im folgenden dokumentieren wir eine Pressemitteilung der GEW Augsburg zum Schulsanierungsdesaster.

12.6.2019

Das Augsburgs Schulsanierungsdesaster

Im Oktober 2014 hat der Augsburgs Stadtrat das Schulsanierungspaket beschlossen. Man kalkulierte damals für die nötigsten Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an den Augsburgs Schulen „grob“ – wie mehrmals in der Beschlussvorlage betont – Kosten von 342.660.000 Euro für den Zeitraum von 2015 – 2030.

Damals nannte man das Kind beim Namen: „Schulsanierungsprogramm“. Auf die Summe von knapp 342 Millionen Euro kam man, weil die Stadt die letzten 40 Jahre ihre Unterhaltungspflichten vernachlässigt hat. Sonst käme man kaum auf ein solch gewaltiges Sanierungsvolumen, das trotz allem hinten und vorne nicht reicht. Man munkelt etwas von einer Milliarde Euro, die nötig wären, um die Augsburgs Schulen tatsächlich auf einen modernen Stand zu bringen.

Seit 2015 nennt die Stadt das Schulsanierungsprogramm „Bildungsförderprogramm“. Das klingt besser – Bildung will ja schließlich jeder! Allerdings: Das viele Geld fließt nicht in die Förderung von Bildung der Augsburgs Schülerinnen und Schüler, sondern nur in die Aufrechterhaltung des Schulbetriebs, den Bauunterhalt der Gebäude und eben in die Anpassung an moderne Brandschutzmaßnahmen.

Für die „Bildung“ selbst fällt davon kein Cent ab.

Im April 2017 wurde im Stadtrat ein Grundsatzbeschluss zur Generalsanierung des Holbein-Gymnasiums gefasst. Liest man diesen Beschluss, muss man um Leib und Seele der Schülerinnen und Schüler, wie auch um die der Lehrerinnen und Lehrer und der anderen Schulmitarbeiterinnen fürchten!

Seitdem ist wenig passiert. Im Doppelhaushalt 2019/20 wurden 150.000 Euro Planungsmittel für die Generalsanierung eingestellt.

2018 gab es eine Vorplanung durch die Schulgemeinschaft, unterstützt durch das Schulverwaltungsamt.

Allerdings gibt es seit dem Beschluss von 2017 von offizieller Seite auch keine konkreten Maßnahmen, die mit einer „Generalsanierung“ zusammenhängen würden.

Für den gestrigen Bildungsausschuss gab es nun die Beschlussvorlage des Bildungsreferats, die Generalsanierung am Holbein-Gymnasium auf unabsehbare Zeit zu vertagen.

Es ist ein Unding, dass die Schulfamilie des Holbeingymnasiums erst jetzt und nur auf Umwegen und nicht durch die Verwaltung vom Plan erfährt, die Generalsanierung abzublasen. Hier wird ohne Not Vertrauen zerstört. Den engagierten Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern wird unmittelbar vor Augen geführt, wie ernst „Bürgerbeteiligung“ in dieser Stadt genommen wird.

Ebenfalls gestern stellte die CSU einen Antrag, den Beschluss von 2017 endlich umzusetzen und mit der Planung der Generalsanierung zu beginnen. Haben wir etwas versäumt? Oder sind Herr Dr. Gribl und Herr Bildungsreferent Köhler nicht zufällig in der Regierung und in der CSU, die in der ganz großen Koalition mit SPD und Grünen 2017 beschlossen haben, das Holbein Gymnasium zu sanieren?! Heutzutage muss die Regierungspartei und der OB selbst Anträge stellen, damit ihre eigenen Stadtratsbeschlüsse umgesetzt werden! Fürwahr merkwürdige Zeiten! Nun wurde gestern Im Ausschuss keine Entscheidung gefällt - eine nicht wirklich befriedigende Lösung.

Und, wenn das wirklich so ist, braucht es niemanden zu wundern, dass in den letzten Jahren dringende Schulsanierungs-Vorhaben liegengeblieben sind. Die FOS/BOS und die Versagensgeschichte dort, eine Besserung der Lehr- und Lernzustände in die Wege zu leiten, sprechen für sich. Wahrscheinlich braucht die GroKo Augsburgs noch einen CSU-Antrag, den Beschluss zur Sanierung der FOS/BOS umzusetzen. Wobei hier natürlich der falsche Beschluss gefasst wurde. Ein Neubau wäre hier sinnvoller.

In Anbetracht der Tatsache, dass nicht nur Augsburg Probleme hat, die Instandhaltung und Sanierung der Schulen zu finanzieren, stellt sich die grundsätzliche Frage: Lässt die seit Menschengedenken CSU-geführte Staatsregierung die Kommunen am langen Arm verhungern und bei ihren Pflichtaufgaben im Regen stehen?

Die schwarze Null und ein bayerisches Weltraumprogramm... man muss nicht lange suchen, um Gründe für den Sanierungsstau zu finden. Geld wäre da – man müsste es nur für das Richtige ausgeben: Der Bildung der jungen Generationen.

Käme der Freistaat seinen Verpflichtungen aus dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz nach, so würde die Stadt Augsburg jährlich ca. 10 Millionen Euro mehr vom Freistaat für ihre Lehrer bekommen. Davon hätte man sicherlich ein schönes Stück des Unterhalts der Schulen finanzieren können! (siehe detaillierte Zusatzinfo) ⁽¹⁾

Dennoch kann man bei dem derzeitigen Augsburger Schulsanierungsdesaster eine Gemeinsamkeit von Augsburgs Stadtregierung und der Bayerischen Staatsregierung erkennen: Mangelhafte Prioritätensetzung.

GEW KV Augsburg

Dr. Tobias Bevc, Schaetzlerstr. 13 ½, 86150 Augsburg

Tel. 0176 20829798

¹ Zusatzinformationen zur Pressemitteilung

Laut dem bayerischen Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) stehen den kommunalen Gymnasien, Realschulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs nur 61 % der Lehrpersonalkosten (Art. 17 BaySchFG) zu. Der Zuschuss beträgt bei Berufsschulen 70 v. H., bei Berufsfachschulen sowie bei Wirtschaftsschulen in dreistufiger und vierstufiger Form, die nach dem 31. Juli 1999 errichtet wurden, 50 v. H., bei den übrigen beruflichen Schulen 60 v. H. (Art. 18 BaySchFG). Private Grund- und Mittelschulen erhalten jedoch 100 % für den notwendigen Personalaufwand (Art. 31 BaySchFG). Für den notwendigen Personalaufwand und Schulaufwand privater, staatlich anerkannter Realschulen, Gymnasien und Schulen des Zweiten Bildungswegs erhält der Schulträger einen Zuschuss (Betriebszuschuss). Der Zuschusssatz beträgt 112 v. H. (Art 38 BaySchFG). Statistisch lag die Gesamtdeckungsquote bei den kommunalen Schulen in Augsburg zwischen 2003 und 2015 bei 42,88 %, d.h. in den Jahren 2003–2015 wurden von 661.581.095,57 € nur 283.676.058,49 € zugeschossen. Zu den Gesamtkosten fehlen damit 377.905.037,08 €. Zu den versprochenen 61 % im (BaySchFG), d. h. 403.564.468,30 €, fehlen 119.888.409,81 €, was auch noch immerhin ca. 10 Millionen € im Jahr sind.